

VENRO

Wahlprogrammvergleich

BUNDESTAGSWAHL 2025

Inhalt

Wahlprogrammvergleich – Bundestagswahl 2025	2
Solidarisch für globale Gerechtigkeit - Finanzierung sichern, Agenda 2030 vorantreiben	2
Krisen bewältigen, Perspektiven schaffen - Entwicklung, humanitäre Hilfe und Frieden zusammendenken	4
Nachhaltige Entwicklung vorantreiben - Globale Partnerschaften ausbauen.....	4
Demokratie stärken - Zivilgesellschaft fördern.....	6
Argumentationsempfehlungen.....	7
Solidarisch für globale Gerechtigkeit - Finanzierung sichern, Agenda 2030 vorantreiben	7
Krisen bewältigen, Perspektiven schaffen - Entwicklung, humanitäre Hilfe und Frieden zusammendenken	11
Nachhaltige Entwicklung vorantreiben - Globale Partnerschaften ausbauen.....	14
Demokratie stärken - Zivilgesellschaft fördern.....	18

Wahlprogrammvergleich – Bundestagswahl 2025

Die vorgezogene Bundestagswahl fällt in eine Zeit, in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe delegitimiert und finanziell eingeschränkt werden. Gleichzeitig stehen Deutschland und die Weltgemeinschaft vor immensen Herausforderungen wie Krisen, Konflikten und dem Kampf gegen den Klimawandel. Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe könnten hier Lösungen bieten, globale Gerechtigkeit fördern und nachhaltigen Frieden schaffen. Doch populistische Diskurse verstärken diesen Widerspruch, was sich auch in den Wahlprogrammen zeigt: Ein Abgleich mit den Forderungen des Verbands offenbart Lücken und Rückschritte gegenüber früheren Programmen.

Dieser Wahlprogrammvergleich orientiert sich strukturell an den Forderungen des [VENRO-Positionspapiers](#) zur Bundestagswahl 2025. Die Argumentationshilfen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sollen lediglich als Unterstützung der Lobbyarbeit und Kommunikation dienen.

Solidarisch für globale Gerechtigkeit - Finanzierung sichern, Agenda 2030 vorantreiben

Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE bekennen sich zu den Zusagen zu Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Höhe von mindestens 0,7% des BNE. Die Union äußert sich in ihrem Wahlprogramm nicht dazu, gegenteilig zum Wahlprogramm der Union von 2021, bei dem das Finanzierungsziel genannt wurde. Die FDP möchte die Ausgaben strategisch entlang wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands ausrichten. Die AfD fordert in ihrem Wahlprogramm hingegen eine Senkung der Mittel und eine Fokusverschiebung auf Sachleistungen sowie die Verknüpfung von Entwicklungszahlungen an die Rücknahme von „ausreisepflichtigen Staatsbürger“. Die Forderung nach einer bereinigten ODA-Quote findet sich nur im Wahlprogramm von DIE LINKE, genauso wie die Forderung nach einer Besteuerung von transnationalen Unternehmen, dort wo sie große Gewinne erzielen.

Die Forderung, dass 0,2% des BNE in Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in sogenannten am wenigsten entwickelten Länder (LDC) fließen sollten findet sich hingegen nur bei Bündnis 90/Die Grünen. Die SPD hatte sich 2021 noch dafür ausgesprochen. Genauso wenig werden menschenrechtsbezogene Schuldentragefähigkeitsanalysen in den Wahlprogrammen genannt. Während die Union 2021 noch eine Finanztransaktionssteuer für mehr Steuergerechtigkeit forderte findet sich zu diesem Thema nichts in ihrem diesjährigen Wahlprogramm. Auch die Forderung nach einer Digitalkonzernsteuer, wie sie noch im Wahlprogramm 2021 von Bündnis 90/Die Grünen stand, findet sich im diesjährigen Wahlprogramm nicht mehr.

Die Forderung nach einer Besteuerung von besonders vermögenden Einzelpersonen findet sich in den Wahlprogrammen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und dem BSW. Sowohl Bündnis 90/Die Grünen als auch DIE LINKE setzen sich darüber hinaus für eine Form von Schuldenrestrukturierung bzw. einen Schuldenschnitt für besonders hoch verschuldete Länder ein. Allerdings fordern die SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem diesjährigen Programm, anders als 2021 nicht explizit die Einbeziehung privater Gläubiger in Staateninsolvenzverfahren. Für eine gerechtere internationale Finanzarchitektur setzen sich sowohl Bündnis 90/Die Grünen als auch die SPD ein. Bündnis 90/Die Grünen fordert explizit auch eine gerechtere Repräsentanz in multilateralen Organisationen.

Eine große Lücke gibt es bei dem Thema der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Diese findet außer in einem Nebensatz im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen bei keiner anderen Partei einen Platz im Wahlprogramm.

Die Agenda 2030 findet sich sowohl bei Bündnis 90/Die Grünen, als auch bei SPD und DIE LINKE als Richtschnur ihrer Politik. SPD und Bündnis 90/Die Grünen setzen sich zudem für die Fortführung der Agenda 2030 ein. Im Wahlprogramm der Union und der FDP von 2021 wurden die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 noch als Leitbild für eine gerechte Globalisierung bezeichnet. In den diesjährigen Wahlprogrammen der Parteien werden diese nicht mehr erwähnt.

Während die Themen Ernährung, Bildung, Wasser und (globale) Gesundheit im Wahlprogramm der Union als Kernthemen der Entwicklungszusammenarbeit erwähnt wurden, finden sich diese Themen gar nicht mehr im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025. Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gehen auf teils unterschiedliche Weise auf die genannten Themen ein. So möchte die SPD bspw. Agrarsysteme langfristig umstellen, um diese widerstandsfähiger und nachhaltiger zu machen. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen setzt auf agrarökologische Ansätze und möchte sich gegen Finanzmarktspekulationen mit Wasser, Land und Lebensmitteln einsetzen. Beide Parteien möchten auch globale Gesundheit durch internationale Kooperation sowie die Weltgesundheitsorganisation stärken. Bündnis 90/Die Grünen setzt sich in ihrem Wahlprogramm zudem gegen sexualisierte und geschlechterspezifische Gewalt und für mehr Unterstützung von Überlebenden sowie Schutz von queeren Menschen ein.

Bündnis 90/Die Grünen fordert Zugang zu Medikamenten und Impfstoffen für alle Menschen. Keine der Parteien spricht sich explizit für Mindestausgaben für globale Gesundheit aus. Die Stärkung sexuelle und reproduktiver Rechte in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe wird im Wahlprogramm der Union genannt indem sie das Recht auf Selbstbestimmung und Familienplanung von Frauen und Mädchen hervorhebt. Diese Themen spielten in den Wahlprogrammen 2021 bei Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP noch eine größere Rolle. Auch das Recht auf Bildung wird von keiner der Parteien in ihren Wahlprogrammen erwähnt. Die Bedeutung von sozialen Sicherungssystemen wird von der SPD als wichtige Investition genannt, von Bündnis 90/Die Grünen als nachhaltiges Instrument gegen Armut.

Die Union fordert in ihrem Wahlprogramm Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zusammenzuführen. Die SPD hingegen spricht sich für ein eigenständiges Entwicklungsministerium aus, genauso wie Bündnis 90/Die Grünen, welche zudem fordern, dass dieses verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Akteur_innen und der Diaspora kooperiert.

Fazit:

- Das Wahlprogramm der Union beinhaltet keine einzige der von VENRO gestellten Forderungen in diesem ersten Bereich. Es gibt keine Informationen zu den Vorhaben bzgl. Finanzierung. Die Agenda 2030 wird im Wahlprogramm der Union nicht erwähnt, obwohl sie sich bisher immer zu den SDG und deren Bedeutung bekannt hatte.
- Die Wahlprogramme von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beinhalten einige der von VENRO gestellten Forderungen. Insbesondere bei den Themen Recht auf Bildung und entwicklungspolitische Bildung und Inlandsarbeit jedoch fehlt es bei allen Parteien außer den Grünen an einer Positionierung.
- Auch das Thema Gesundheit spielt eine deutlich kleinere Rolle als in den Wahlprogrammen von 2021. Dies könnte damit zu tun haben, dass die Wahlen in die Covid19-Pandemie gefallen sind.

→ [Argumentationsempfehlungen](#)

Krisen bewältigen, Perspektiven schaffen - Entwicklung, humanitäre Hilfe und Frieden zusammendenken

Union, Bündnis 90/Die Grünen und SPD nennen humanitäre Hilfe in ihren Wahlprogrammen. Die Union möchte diese „verlässlich, gezielt und vorausschauend“ ausgestalten, ohne näher ins Detail zu gehen und darüber hinaus konkrete Handlungsvorhaben zu nennen. Die SPD sieht die humanitäre Hilfe und Krisenprävention nicht nur als Mittel um Not zu lindern, sondern auch um diplomatischen Einfluss zu üben und sieht beides, militärische Stärke und Diplomatie als notwendige Mittel zur Friedensschaffung an. Bündnis 90/Die Grünen möchten Diplomatie, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Handelsbeziehungen verstärkt zusammendenken, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Partei sieht es in „unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken.“ Partnerschaften und Kooperationen mit (lokaler) Zivilgesellschaft, EU, UN, OSZE und Regionalorganisationen wie der AU möchte die Partei ausbauen. DIE LINKE setzt auf das Primat des Zivilen und eine Außenpolitik, die nach friedlichen Lösungen sucht. Die Beteiligung vulnerabler Gruppen an Friedensverhandlungen gemäß der UN-Resolution 1325 wird in keinem der Wahlprogramme genannt, anders als noch in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021, als dies von der Bündnis 90/Die Grünen, SPD und der FDP als wünschenswerter Politikansatz genannt wurde.

Fazit:

- Außer bei Bündnis 90/Die Grünen ist der Bereich Humanitäre Hilfe, Frieden und internationale Krisenprävention nicht stark in den Wahlprogrammen vertreten. Insbesondere zivile Krisenprävention spielt im Gegensatz zu militärischer Stärke, wenn dann nur eine untergeordnete Rolle.
- Die Beteiligung von vulnerablen Gruppen an Friedensverhandlungen wird in keinem Programm erwähnt. Die SPD hat diese Forderung allerdings in ihrem Positionspapier zu ihrer angestrebten Afrikapolitik erwähnt. Auch Bündnis 90/Die Grünen hatten diese Forderung in ihrem vergangenen Wahlprogramm.

→ [Argumentationsempfehlungen](#)

Nachhaltige Entwicklung vorantreiben - Globale Partnerschaften ausbauen

Im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung gehen die Positionen der Parteien stark auseinander. Die Union sieht Kernenergie als mögliche Option an und möchte das „Verbrennerverbot“ rückgängig machen. Das Pariser Klimaabkommen wird zwar erwähnt, allerdings weder das 1,5 Grad-Ziel noch das Klimaschutzgesetz. Auch die SPD erwähnt das Klimaschutzgesetz nicht in ihrem Wahlprogramm, genauso wenig den Kohleausstieg. Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE bekennen sich zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Bündnis 90/Die Grünen möchte sich laut Wahlprogramm auch dafür einsetzen, dass multilaterale Banken aus der Finanzierung fossiler Energieträger aussteigen. DIE LINKE ist die einzige der Parteien, die sich gegen den Ausbau von LNG-Infrastruktur ausspricht. Die AfD spricht sich deutlich für die weitere Nutzung von fossilen Energieträgern aus und lehnt „jede Politik und jede Steuer ab, die sich auf angeblichen Klimaschutz beruft“.

Sowohl Union, SPD als auch Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich positiv für Klima- und Energiepartnerschaften aus. Die SPD sieht diese Art von Partnerschaften als „Win-win-Modell“ und möchte die betroffenen Menschen und Regionen ins Zentrum stellen und Gewerkschaften und Zivilgesellschaft mit einbeziehen. Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich hierbei insbesondere für die Unterstützung beim Ausbau lokaler Produktionskapazitäten aus und

möchten in ihrer internationalen Klimapolitik die „Rechte und Beteiligung indigener Völker ressortübergreifend“ stärken. Die FDP setzt hierbei auf wirtschaftliche Abkommen und Investitionspartnerschaften mit Fokus auf Rohstoffe und grüne Technologien. Sowohl Union als auch Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich in ihren Wahlprogrammen offen gegenüber CCS-Technologie und schränken deren Nutzung nicht explizit ein.

Für eine solidarische Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Klimaanpassung sprechen sich die SPD und Bündnis 90/Die Grünen aus. Die Union spricht das Thema allgemeiner an, ohne dabei genauer auf die Verantwortung gegenüber Ländern des sogenannten Globalen Südens zu sprechen. Bündnis 90/Die Grünen fordert stärkere Unterstützung besonders betroffener Gemeinschaften und Staaten. SPD und Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich zudem für eine gerechte Klimafinanzierung gemäß den (?) Beschlüssen (?) der Weltklimakonferenz. Die SPD erwähnt in diesem Zusammenhang spezifisch auch die Mobilisierung von mehr privaten Mitteln. DIE LINKE fordert Klimafinanzierung über die Finanzierungszusagen hinaus. Die SPD möchte zudem die Umschuldung stark verschuldeter Staaten für sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Das Thema Schäden und Verluste wird im internationalen Kontext von keiner Partei explizit genannt.

SPD und Bündnis 90/Die Grüne bekennen sich in ihren Wahlprogrammen ausdrücklich zur Feministischen Außen- und Entwicklungspolitik. Union, SPD, Die Grünen und DIE LINKE sprechen sich klar für die Menschenrechte aus. SPD und Bündnis 90/Die Grünen möchten beide eine Politik vorantreiben, die koloniale Kontinuitäten und Ungerechtigkeit überwinden, auch DIE LINKE setzt sich dafür ein. Auch der Schutz von besonders vulnerablen Gruppen und die Bekämpfung von Anti-Rights und Anti-Gender-Bewegungen kommen in den Programmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor. Bündnis 90/Die Grünen möchten Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten internationaler Zusammenarbeit stärken und Menschenrechte von Frauen und LSBTIQ+ besonders schützen und deren Teilhabe stärken. Die Union möchte das Recht auf „Selbstbestimmung und Familienplanung“ von Mädchen und Frauen stärken und sich gegen Diskriminierung einsetzen. Zudem setzt sie sich dafür ein im Zusammenhang der Frauenbewegung im Iran für deren Schutz und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger_innen ein.

Sowohl Bündnis 90/Die Grünen als auch die SPD möchten die Kinderrechte im Grundgesetz verankern allerdings finden sich darüber hinaus keine weiteren konkreten Maßnahmen zur Stärkung von Kinderrechten in den Wahlprogrammen. Die AfD spricht sich gegen eine Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz aus. Die Behindertenrechtskonvention und deren konsequente Umsetzung fordern DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen. Union und SPD haben die Inklusion von Menschen mit Behinderung zwar in ihre Wahlprogramme aufgenommen, allerdings fordert keine der Parteien konkrete Umsetzungsmaßnahmen im Bereich von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe.

Die EU-Lieferkettenrichtlinie möchten Bündnis 90/Die Grünen und SPD umsetzen. Die SPD spricht sich zudem für verbindliche internationale Regeln in Form eines UN-Treaty aus. Auch Bündnis 90/Die Grünen spricht sich für Regelungen aus, erwähnt allerdings den UN-Treaty nicht explizit. DIE LINKE fordert ein stärkeres Lieferkettengesetz, welches Beschwerdemechanismen für Betroffene und Haftungsregeln bei Verstößen beinhaltet. Die Union möchte das deutsche Lieferkettengesetz abschaffen und setzen sich gegen Regulierungen für nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsberichterstattung ein. Auch die AfD spricht sich gegen Lieferkettengesetze auf nationaler und internationaler Ebene aus. Die FDP möchte insbesondere Wirtschaftsabkommen und Investitionspartnerschaften fördern und geht nicht auf das Lieferkettengesetz ein. Das BSW spricht sich für eine Reform des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes aus um kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten.

Fazit:

- Es gibt bei allen Parteien unserer Ansicht nach noch Lücken beim Thema Kinderrechte sowie Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, hier wird der Großteil unserer Forderungen nicht erfüllt.
- Große Unterschiede zwischen den Parteien beim Thema Klimaschutz. Große Rückschritte im Vergleich zu Wahlprogrammen von 2021, in denen sich die Union bspw. noch zum 1,5-Grad-Ziel und die SPD zu Klimaschutzgesetz bekannte. Auch Bündnis 90/Die Grünen hatten bspw. dem Thema internationale Klimaanpassung einen deutlich größeren Raum geschaffen.
- Die Stärkung der Menschenrechte ist ein gemeinsamer Nenner bei den drei großen Parteien (SPD, Grüne, Union), allerdings nicht, wenn es um das Zusammenspiel von Wirtschaft und Menschenrechten geht. Hier fordert die Union eine Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes und weniger Regulierung.

→ [Argumentationsempfehlungen](#)

Demokratie stärken - Zivilgesellschaft fördern

SPD und Bündnis 90/Die Grünen setzen sich beide für eine starke Zivilgesellschaft in Deutschland und weltweit ein. Im Wahlprogramm der Union von 2021 äußerte sie sich noch explizit zur engen Zusammenarbeit mit NRO, während das Thema im diesjährigen Wahlprogramm nicht mehr vorkommt. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen fordert explizit auch einen besseren Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen und möchte die Aufnahme von gefährdeten Personen weiter unterstützen.

Die SPD möchte sich auch in Deutschland für eine Verbesserung des Versammlungsrechts einsetzen. Keine der Parteien äußert sich zu zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen und verbindlichen Prüfverfahren für außen-, sicherheits- und handelspolitische Maßnahmen. Die Union spricht sich allerdings im Zusammenhang mit der Frauenrechtsbewegung im Iran für eine Sanktionsverschärfung gegen den Iran aus.

Sowohl SPD als auch Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für Verbesserungen beim Gemeinnützigkeitsrecht ein. Die SPD setzt dabei auf das Demokratiefördergesetz während Bündnis 90/Die Grünen explizit auch Organisationen die Gemeinnützigkeit aussprechen will, die sich auch gelegentlich politisch äußern. Die Union fordert, dass zivilgesellschaftliche Organisationen die vom Bund gefördert werden „künftig ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zum Existenzrecht Israels abgeben sowie gegen Antisemitismus im Sinne der Definition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA)“ abgeben sollen. Die SPD ist die einzige Partei die sich für die Stärkung des Versammlungsrechts einsetzt.

Fazit:

- Zivilgesellschaftliche Handlungsräume spielen bei der Union so gut wie keine Rolle im Wahlprogramm. Bündnis 90/Grünen und die SPD erfüllen einige unserer Forderungen.
- Zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen durch Diplomatie sowie verbindlichen Prüfverfahren für Außen-, Handels- und Sicherheitspolitik äußert sich keine Partei

→ [Argumentationsempfehlungen](#)

Argumentationsempfehlungen

Solidarisch für globale Gerechtigkeit - Finanzierung sichern, Agenda 2030 vorantreiben

Forderung	Verbündete	Unentschlossen/Neutral	Skeptiker/Gegner
<p>Finanzierung ODA-Mittel 0,7% des BNE</p>	<p>Das Ziel, mindestens 0,7% der deutschen Wirtschaftsleistung für die Bewältigung globaler Herausforderungen zu investieren, ist eine internationale Verpflichtungen und zeigt Deutschlands Engagement für globale Gerechtigkeit und Solidarität.</p> <p>Eine Erhöhung der Finanzierung ermöglicht eine aktivere Rolle Deutschlands bei der Bewältigung globaler Herausforderungen, z. B. bei der Klimafinanzierung, beim Aufbau nachhaltiger Infrastrukturen oder der Erhöhung von Ernährungssicherheit</p> <p>Die Glaubwürdigkeit Deutschlands als verlässlicher Partner hängt auch entscheidend davon ab, ob wir uns weiter an unsere Zusagen halten.</p> <p>Die Finanzierung von feministischen Projekten sollte erhöht werden, um die gesellschaftliche Position von Frauen und anderen vulnerablen Gruppen zu stärken.</p> <p>Die ODA-Statistik sollte bereinigt werden, damit ehrlicher darüber berichtet wird, welche Entwicklungsgelder von Deutschland bereitgestellt werden. Aktuell ist Deutschland mit Abstand das größte Empfängerland der eignen Entwicklungshilfe, weil die Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten großzügig in die Statistik eingerechnet werden. In Folge dieser Berechnungsmethode stieg die ODA massiv an, als eine Million Ukrainer_innen in Deutschland aufgenommen wurden. Mit diesem Anstieg wurden die Kürzungen bei HuHi und BMZ gerechtfertigt. Dadurch fehlt</p>	<p>Die Zukunft Deutschlands ist untrennbar mit der Entwicklung der Welt verflochten. Wir brauchen gerade jetzt mehr Anstrengungen, um die Welt zu einem besseren, gerechteren und nachhaltigeren Ort für zukünftige Generationen zu machen. Entwicklungsgelder aus Deutschland leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung globaler Ungleichheiten, zu internationaler Stabilität und friedlichen Zusammenarbeit. In den letzten 20 Jahren ist die Kindersterblichkeit massiv zurückgegangen und auch in den armen Ländern können deutlich mehr Kinder zur Schule gehen. Seit ein paar Jahren steigt allerdings wieder die Anzahl der Menschen, die in Hunger und extremer Armut leben. Wir haben es schon einmal geschafft, diesen Trend umzukehren und wir können es mit Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wieder schaffen.</p> <p>Mit Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit fördert Deutschland nachhaltiges Wirtschaftswachstum.</p>	<p>Um die Erfolge der letzten 20 Jahre im Bereich Bildungschance, Kindersterblichkeit oder Gesundheitsversorgung fortzusetzen und auch im Bereich Ernährungssicherheit ähnliche Erfolge zu erzielen braucht es eine bessere Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe. Dies verbessert nicht nur die Zukunft von Millionen Menschen, die aktuell von wenigen Euro pro Tag leben müssen, sondern ist auch in Deutschlands Interesse. Klimawandel, Konflikte, Instabilität, Hunger und Armut in anderen Teilen der Welt beeinflussen auch die Zukunftschancen in Deutschland. Den Kopf in den Sand zu stecken, hilft nicht weiter und wird langfristig auch negative Konsequenzen für Deutschland haben. Mit einer Milliardensteuer oder dem Ende des Dienstwagenprivilegs könnte der Finanzierungsbedarf gedeckt werden.</p> <p>Rückläufige Haushaltsmittel für EZ und HuHi beeinflussen Deutschlands Handlungsfähigkeit, um angemessen auf Herausforderungen reagieren zu können.</p> <p>Es ist im Interesse Deutschlands zur Lösung internationaler Herausforderungen als verlässlicher Partner beizutragen. Die Einhaltung internationaler Verpflichtungen wie des 0,7%-Ziels Deutschlands Glaubwürdigkeit auf der Weltbühne stärkt</p>

	<p>letztlich das Geld, um Menschen in der Ukraine durch den kalten Winter zu helfen.</p>		
<p>Mittel für feministische Ansätze und an fem. EZ/AP festhalten</p>	<p>Feministische Ansätze sind essenziell, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Gendertransformative Ansätze als zentrales Instrument der fem. EZ/AP, da sie tiefgreifende ungleiche gesellschaftliche Machtverhältnisse verändern.</p> <p>Feministische EZ/AP hat viele Fortschritte in der deutschen EZ und HuHi gebracht. Die Fortschritte der letzten Jahre dürfen sich nicht in Luft auflösen, sondern müssen weitergeführt werden, um noch wirksamer zu werden und noch mehr positive Veränderungen anzustoßen.</p>	<p>Feministische Außen- und Entwicklungspolitik betrifft alle Arbeitsbereiche und hat positive Auswirkungen auf verschiedene Sektoren wie Friedens- und Sicherheitspolitik, humanitäre Hilfe, Krisenmanagement sowie Kultur- und Gesellschaftspolitik.</p> <p>Nachhaltige Entwicklung und Erreichung der SDGs: Eine feministische Entwicklungspolitik stellt daher einen wichtigen Schritt für die Agenda 2030 dar. Nur wenn Frauen und Mädchen die gleichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Teilhabemöglichkeiten haben, kann nachhaltige Entwicklung erreicht werden. Geschlechtergerechtigkeit ist nicht nur ein Ziel an sich, sondern auch wesentlich für die Umsetzung anderer Nachhaltigkeitsziele.</p>	<p>Relevanz von Geschlechtergerechtigkeit in der EZ/HuHi mit Effizienz/ Wirtschaftlichkeit und Tradition verknüpfen:</p> <p>(1) Förderung von Frauen und Mädchen im Bildungssektor ist entscheidend für wirtschaftliche Stabilität.</p> <p>(2) Unterstützung von Programmen, die Frauen in traditionelleren Rollen (z. B. als Mütter oder Gemeindeführerinnen) stärken.</p> <p>(3) Investitionen in Projekte, die eindeutig wirtschaftlichen Nutzen aufzeigen, wie Mikrokredite für Frauen oder berufliche Bildung.</p> <p>(4) Das globale Wirtschaftswachstum wäre von 2015 bis 2025, um 28 Billionen Dollar gewachsen, wenn Frauen gleichgestellt beteiligt worden wären (was 26 % des jährlichen globalen BIP entspricht) (Studie von McKinsey aus 2015)</p> <p>Geschlechtergerechtigkeit ist zentral für wirtschaftliche Entwicklung, Stabilität und Wachstum. Studien zeigen, dass Länder mit höherer Geschlechtergerechtigkeit stabiler und wirtschaftlich erfolgreicher sind (z.B. Hans Böckler Stiftung).</p> <p>Wenn Frauen und andere marginalisierte Gruppen gleichberechtigt am wirtschaftlichen Leben teilnehmen können, führt dies zu einer stärkeren und widerstandsfähigeren Wirtschaft und mehr Wachstum sowie zu mehr Einkommensgleichheit.</p>
<p>Politikausrichtung und Fortführung der Agenda 2030 in multilateralem Prozess</p>	<p>Deutschland kann durch eine klare Ausrichtung an der Agenda 2030 seine Vorreiterrolle im Klimaschutz und der Förderung sozialer Gerechtigkeit untermauern.</p>	<p>Die Agenda 2030 ist der Schlüssel zur Erreichung einer nachhaltigen und gerechten Welt, in der soziale, wirtschaftliche und ökologische</p>	<p>Das Bekenntnis zu den SDGs stärkt Deutschlands Position als verlässlicher Partner in internationalen Verhandlungen</p>

	<p>Es ist auch in der Verantwortung Deutschlands sich für Erreichung und Weiterführung der SDG einzusetzen. Ein klares Bekenntnis zur Agenda 2030 wäre daher von großer Bedeutung</p>	<p>Ziele miteinander verbunden werden.</p>	<p>Agenda 2030 war bisher Konsens unter den demokratischen Parteien und stand bspw. auch im letzten Wahlprogramm der Union</p> <p>Deutschland profitiert letztendlich von der Verbesserung der Lebenssituation für Menschen in anderen Teilen der Welt.</p>
<p>Reform der Finanzarchitektur/ Transparente Entscheidungsstrukturen</p>	<p>Eine Reform der Finanzarchitektur stärkt die Demokratie und gibt benachteiligten Ländern mehr Mitspracherechte in internationalen Finanzinstitutionen.</p> <p>Historisch bedingte Machtstrukturen können so angegangen werden und zu mehr Gerechtigkeit führen. Nachhaltige Veränderung und der Abbau von Ungerechtigkeit kann nur durch strukturelle Veränderungen passieren.</p> <p>Transparente Strukturen erhöhen die Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit und verhindern Korruption und Ressourcenverschwendung.</p>	<p>Durch mehr Transparenz und Inklusion werden Entscheidungen nachhaltiger und ausgewogener, was allen Akteuren langfristig zugutekommt.</p> <p>Deutschland kann durch eine Führungsrolle in der Reform der Finanzarchitektur seine globale Verantwortung wahrnehmen und internationale Standards setzen.</p>	<p>Reformen schaffen eine stabilere globale Finanzarchitektur, die auch deutsche Interessen schützt.</p> <p>Transparenz und inklusive Strukturen fördern internationale Kooperation und reduzieren politische Spannungen. Das erhöht Deutschlands Glaubwürdigkeit insbesondere gegenüber Staaten, welche vermehrt mit anderen Großmächten wie China und Russland kooperieren, ihnen dieses Mitspracherecht aber verweigern. Deutschland und Europa können hier ein Zeichen setzen und nachhaltige Partnerschaften aufbauen.</p>
<p>Multilateraler Entschuldungsmechanismus</p>	<p>Ein gerechter Entschuldungsmechanismus ist ein zentraler Schritt zur Bekämpfung globaler Ungleichheiten und fördert nachhaltige Entwicklung.</p> <p>Multilaterale Lösungen stärken das Vertrauen in internationale Kooperationen und reduzieren die Abhängigkeit von bilateralen Vereinbarungen.</p> <p>Von hoher Verschuldung sind in erster Linie die Menschen in den Ländern betroffen. Durch die hohe Schuldenlast und Zinszahlungen können hochverschuldete Staaten oftmals deutlich weniger Mittel in Gesundheit, Bildung, Ernährung und Klimaschutz/-anpassung bereitstellen. Ein Entschuldungsmechanismus würde daher auch dazu beitragen Menschenrechte zu schützen und einen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation beitragen</p>	<p>Ein klar geregelter Mechanismus fördert die wirtschaftliche Stabilität verschuldeter Staaten, was den globalen Handel und die Finanzmärkte stabilisiert.</p> <p>Deutschland kann als Vorreiter eines multilateralen Entschuldungsmechanismus eine positive Rolle im internationalen System einnehmen.</p>	<p>Geregelte Entschuldungsprozesse vermeiden Zahlungsausfälle, die globale Finanzmärkte destabilisieren könnten.</p> <p>Ein multilateraler Mechanismus schafft Planbarkeit und Verlässlichkeit für alle Beteiligten, auch für private Gläubiger.</p> <p>Schuldenerlasse befähigen Länder dazu, wichtige Ausgaben in Gesundheit, Bildung und soziale Sicherungssysteme zu investieren.</p>

<p>Recht auf Nahrung</p>	<p>Das Recht auf Nahrung ist ein grundlegendes Menschenrecht und Voraussetzung für die Erreichung vieler anderer Ziele, wie Gesundheit und Bildung.</p> <p>Durch Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft und ökologische Agrarsysteme können ökologische Ziele erreicht und langfristige Ernährungssicherheit geschaffen werden.</p> <p>Dabei kann Klimaresilienz und Ernährungssouveränität geschaffen werden. Um dies zu unterstützen sollten insbesondere Kleinbäuer_innen unterstützt werden.</p>	<p>Nahrung ist ein Menschenrecht. Nach wie vor sind ca. 730 Millionen Menschen von Hunger betroffen</p> <p>Ernährungssicherheit trägt zur Stabilisierung von Ländern bei. Hunger dagegen fördert Konflikte. Hungerbekämpfung erfordert in Proportion zu ihrem Ergebnis relativ geringe Investitionen und sollte somit angegangen werden.</p> <p>Im Rahmen der SDG hat Deutschland sich auch verpflichtet zur Hungerbekämpfung einen substantiellen Anteil beizutragen.</p>	<p>Hunger ist ein moralisches und ethisches Problem, das durch internationale Verpflichtungen adressiert werden muss.</p> <p>Nachhaltige Landwirtschaft schützt globale Ressourcen wie Böden und Wasser, was auch künftige Generationen absichert.</p> <p>Hungerbekämpfung trägt auch zur Stabilisierung von Staaten bei.</p>
<p>Recht auf Gesundheit</p>	<p>Der Zugang zu Gesundheit ist ein zentrales Menschenrecht, das durch internationale Kooperation gestärkt werden muss.</p> <p>Durch die Förderung globaler Gesundheit können z.B. die Entwicklung von Impfstoffen gefördert werden.</p> <p>Investitionen in Globale Gesundheit haben langfristige Vorteile auch auf kommende Generationen.</p>	<p>Investitionen in globale Gesundheit stärken Resilienz gegen Pandemien und fördern wirtschaftliche Stabilität weltweit.</p> <p>Gesundheitsprogramme stärken die Lebensqualität und tragen zu stabileren Gesellschaften bei, was globale Sicherheit fördert.</p> <p>Ohne Globale Gesundheit können auch andere SDGs nicht erreicht werden.</p>	<p>Globale Gesundheit ist ein Kernbereich internationaler Verantwortung. Fehlender Zugang zu Gesundheit verstärkt Armut und soziale Ungleichheiten.</p> <p>Gesundheitssysteme in Partnerländern zu stärken, kann auch die Nachfrage nach deutschen Technologien und Dienstleistungen fördern. Dabei ist allerdings zu beachten, dass dieser Technologietransfer in einer Art und Weise passiert, dass Partnerländer eigenständige Produktionsstrukturen aufbauen können und Know-how-Transfer stattfindet.</p> <p>Es gibt zahlreiche Beispiele für gelungene internationale Kooperation bei Gesundheitsfragen wie bspw. die Bekämpfung von Pocken und Polio. Hierfür werden aber ausreichend Mittel und faire Partnerschaften benötigt.</p>
<p>Recht auf Bildung</p>	<p>Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und stärkt weltweit die Grundlagen für Innovation und Wohlstand.</p> <p>Deutsche Unterstützung kann Bildungssysteme fördern, die</p>	<p>Bildung stärkt die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Staaten und schafft stabile und nachhaltige Partnerschaften.</p>	<p>Bildung ist ein Grundpfeiler der Entwicklung, ohne den Fortschritte in anderen Bereichen wie Gesundheit oder Wirtschaft kaum möglich sind.</p> <p>Langfristige Investitionen in Bildungssysteme schaffen nachhaltig qualifizierte</p>

	langfristig zur Lösung globaler Herausforderungen beitragen.		Arbeitskräfte, die global wirken können.
Entwicklungspolitische Inlands- und Bildungsarbeit	<p>Bildung über globale Zusammenhänge stärkt das Bewusstsein für globale Verantwortung und Solidarität in der Bevölkerung.</p> <p>Entwicklungspolitische Bildungsarbeit trägt dazu bei, gesellschaftliche Akzeptanz für entwicklungspolitische Maßnahmen zu fördern.</p> <p>Gerade in der aktuellen politischen Lage in Deutschland ist es entscheidend die Sensibilität und das Verständnis für globale Zusammenhänge zu verstehen um unsere Demokratie zu stärken.</p>	<p>Inlandsarbeit schafft ein fundiertes Verständnis für die Bedeutung globaler Zusammenarbeit und kann Fehlwahrnehmungen und Vorurteilen entgegenwirken. Sie baut Brücken und schafft Sensibilität für gesellschaftliche Herausforderungen.</p> <p>Bildungsarbeit stärkt den Zusammenhalt und das Verständnis für globale Herausforderungen wie Klimawandel oder Ressourcenschonung.</p>	<p>Entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit ist essenziell, um Transparenz und Akzeptanz für politische Entscheidungen in der Bevölkerung zu fördern.</p> <p>Eine gut informierte Gesellschaft kann besser auf globale Herausforderungen reagieren und deren Chancen erkennen.</p>

Krisen bewältigen, Perspektiven schaffen - Entwicklung, humanitäre Hilfe und Frieden zusammendenken

Forderung	Verbündete	Unentschlossen/Neutral	Skeptiker/Gegner
Bedarfsorientierte Finanzierung	<p>Laut dem Global Humanitarian Overview 2025 benötigen mehr als 307 Millionen Menschen weltweit humanitäre Hilfe, und der Bedarf wächst mit jeder Krise. Eine bedarfsorientierte Finanzierung ist notwendig, um Hilfe genau dort zu leisten, wo sie am dringendsten gebraucht wird.</p> <p>Als humanitäre Organisationen helfen wir Menschen unabhängig von Geschlecht, Religion oder Herkunft. Für uns zählt alleine die Bedürftigkeit. Damit wir den Menschen, die weltweit am meisten in Not sind, schnell und unbürokratisch helfen können, brauchen wir eine bedarfsorientierte Finanzierung. Diese sollte sich einerseits an der globalen Anzahl von Menschen in Not orientieren, andererseits insbesondere in den Kontexten ansetzen, wo Bedarfe am größten sind.</p>	<p>Eine bedarfsorientierte Finanzierung sorgt dafür, dass diese Mittel effizient und wirksam genutzt werden.</p> <p>Flexibilität und Bedarfsorientierung ermöglichen eine schnelle und präzise Reaktion, insbesondere in unvorhergesehenen Katastrophen.</p>	<p>Eine gezielte, bedarfsorientierte Finanzierung verhindert, dass Mittel in ineffiziente oder nicht dringend benötigte Maßnahmen fließen. Eine flexiblere Verteilung sorgt für eine schnellere Hilfe und erhöht die Erfolgsquote von Hilfsmaßnahmen deutlich.</p> <p>In einer Welt in der Konflikte und Krisen zunehmen, ist es essentiell, dass die Mittel für humanitäre Hilfe nicht gekürzt werden.</p>
Einsatz für humanitäres Völkerrecht und Schutz der Zivilbevölkerung	Laut der UN waren im Juni mehr als 122 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Viele davon aufgrund von Konflikten und Gewalt. Der Schutz der	Ein großer Teil der weltweit betroffenen Konfliktopfer sind Zivilisten, und der internationale Schutz dieser Gruppen ist eine humanitäre Notwendigkeit, die	Vor dem Hintergrund der Grausamkeiten des zweiten Weltkriegs hat sich die internationale Gemeinschaft auf

	<p>Zivilbevölkerung ist essenziell, um die Auswirkungen solcher Konflikte zu minimieren und eine zunehmende Zahl von Konfliktopfern zu verhindern.</p> <p>2024 war zudem das tödlichste Jahr für humanitäre Helfer_innen. Laut der Datenbank „Aid Worker Security Database“ wurden im letzten Jahr 354 humanitäre Helfer_innen getötet, und weitere verletzt oder entführt – und das während sie versuchen, notleidende Menschen mit dem nötigsten zu versorgen. Der Schutz von humanitären Helfer_innen ist in internationalen Normen verankert und Pflicht für alle Konfliktparteien. Die Einhaltung dieser Normen ist wichtige Voraussetzung dafür, dass lebensrettende Hilfe für Menschen in Notsituationen sicher bereitgestellt werden kann.</p> <p>Verletzungen des humanitären Völkerrechts in Krisengebieten sind häufig festzustellen, wobei oft Zivilisten die Hauptopfer sind. Diese Zahl könnte drastisch gesenkt werden, wenn internationale Normen konsequent durchgesetzt werden. Daher ist ein entschiedener Einsatz für das humanitäre Völkerrecht und den Schutz der Zivilgesellschaft so wichtig und nicht verhandelbar.</p>	<p>direkte Auswirkungen auf die globale Friedenssicherung hat.</p>	<p>Mindeststandards geeinigt, die selbst in bewaffneten Konflikten zu respektieren sind. Häufig sind humanitäre Normen der einzige Schutz für die Zivilbevölkerung im Krieg, die sie vor Vertreibung, Tod, sexualisierter Gewalt oder Folter schützt. In einer Zeit, wo das multilaterale System und seine Normen zunehmend untergraben werden, gilt es, das humanitäre Völkerrecht immer und überall kompromisslos zu verteidigen.</p>
<p>Stärkung der zivilen Krisenprävention</p>	<p>Laut der Weltbank könnten für jeden 1 USD, der in Krisenprävention investiert wird, bis zu 16 USD an zukünftigen indirekte und direkte Konfliktkosten eingespart werden¹.</p> <p>Ein Großteil der Konflikte in der Vergangenheit hätten durch gezielte Präventionsmaßnahmen abgemildert oder verhindert werden können. Investitionen in zivile Krisenprävention haben das Potenzial, die globalen</p>	<p>Krisenprävention hilft, Ressourcen langfristig zu sparen, indem sie eskalierende Konflikte verhindert, die teure Hilfsmaßnahmen nach sich ziehen könnten.</p>	<p>Die Stärkung der zivilen Krisenprävention ist ein pragmatischer Ansatz, um globale Stabilität zu fördern und zukünftige Konflikte zu vermeiden.</p> <p>Diese Strategie hilft, kurzfristige und langfristige Kosten zu minimieren und ein nachhaltiges Sicherheitsumfeld zu schaffen, denn Studien zeigen, dass zivile Krisenprävention deutlich weniger Mittel vereinnahmt als die spätere Reaktion auf diese Krisen, wenn keine Prävention stattfindet.</p>

¹ Institute for Economics and Peace: Measuring Peacebuilding Cost-Effectiveness, 2017

	<p>Krisenkosten erheblich zu senken.</p> <p>Zivile Krisenprävention ist die effektivste Form der langfristigen Friedenssicherung, da sie Konflikte frühzeitig erkennt und verhindert. Diese Strategie trägt zu einer nachhaltigeren Entwicklung bei, die auch deutsche Interessen langfristig sichert.</p> <p>Durch die Stärkung ziviler Präventionsmechanismen kann Deutschland als Vermittler und Moderator in internationalen Krisenprozessen auftreten.</p>		
<p>Beteiligung vulnerabler Gruppen an Friedensverhandlungen (UN-Konvention 1325)</p>	<p>Die Beteiligung von Frauen, Minderheiten und anderen marginalisierten Gruppen an Friedensverhandlungen ist entscheidend, um gerechte, inklusive und nachhaltige Friedensprozesse zu erreichen.</p> <p>Die Umsetzung von Resolution 1325 der UN stärkt die Legitimität von Friedensverhandlungen und fördert stabile, integrative Gesellschaften. Deutschland hat sich zu deren Umsetzung durch Unterzeichnung verpflichtet.</p> <p>Studien belegen, dass Friedensverhandlungen, an denen Frauen und andere vulnerable Gruppen beteiligt sind, zu deutlich höheren Chancen führen, dass der Frieden langfristig Bestand hat.²</p> <p>In Zeiten höherer Militärausgaben, ist es auch entscheidend sich für ein Bekenntnis zu langfristigem Frieden einzusetzen</p> <p>Res. 1325 ist verpflichtend, also nicht nur ein nice to have, in Zeiten von steigenden Militärbudgets wird 1325 noch relevanter, aktuell wichtig sich für das Bekenntnis zu 1325 einzusetzen und den Nationalen</p>	<p>Internationale Verpflichtungen wie Resolution 1325 bieten einen klaren Rahmen, um Menschenrechte zu fördern und die Beteiligung von marginalisierten Gruppen zu sichern.</p> <p>UN-Statistiken belegen, dass vulnerable Gruppen wie Frauen, Kinder und indigene Völker in Friedensprozessen oft ein enormes Potenzial für positive Veränderungen mitbringen. Studien zeigen, dass inklusivere Friedensprozesse länger halten als jene Prozesse ohne inklusive Beteiligung und somit wichtig für langfristigen Frieden sind.</p> <p>Die Einbeziehung von Frauen als Verhandlungsführerinnen, Vermittlerinnen, Unterzeichnerinnen und Zeuginnen erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass ein Abkommen mindestens zwei Jahre hält, um 20 Prozent und die Wahrscheinlichkeit, dass es mindestens 15 Jahre hält, um 35 Prozent³.</p>	<p>Im Falle von Iran sehen wir, welche große Bedeutung gerade Frauen in gesellschaftlichen Umbrüchen spielen und wie gefährdet sie durch reaktionäre Kräfte sind. Deutsche Sicherheitspolitik sollte auch bedeuten Frauen stärker in Lösungsfindung einzubinden und ihnen ihren Platz am Verhandlungstisch zu geben.</p> <p>Die Förderung der Beteiligung vulnerabler Gruppen stärkt die Legitimität von Friedensprozessen und trägt dazu bei, dass die Friedensabkommen breite gesellschaftliche Unterstützung erhalten. Dadurch halten Friedensabkommen länger.</p> <p>Resolution 1325 zu Frauen, Frieden, Sicherheit ist völkerrechtlich bindend, Deutschland als Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen ist verpflichtet, die Resolution umzusetzen. Deutschland sollte diese Prinzipien aktiv in den Friedensprozessen unterstützen, um globale Verantwortung zu übernehmen.</p> <p>Die UN-Konvention 1325 ist inzwischen ein internationales Rechtsinstrument, das mehr als 90% der Mitgliedstaaten ratifiziert</p>

² <https://blogs.worldbank.org/en/dev4peace/can-gender-equality-prevent-violent-conflict>

³ <https://www.ipinst.org/wp-content/uploads/2015/06/IPI-E-pub-Reimagining-Peacemaking-rev.pdf>

	Aktionsplan, der 2024 ausgelaufen ist, zeitnah zu erneuern.		haben, was den Druck auf Deutschland erhöht, aktiv auf die Umsetzung hinzuwirken.
HDP-Nexus	<p>Der HDP-Nexus fördert eine kohärente und nachhaltige Politik, die humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung miteinander verbindet.</p> <p>Deutschland kann eine führende Rolle in der Förderung dieses integrierten Ansatzes einnehmen und langfristige Lösungen für Krisenregionen anbieten.</p> <p>Der HDP-Nexus hat das Potenzial, die Wirkung von Hilfsmaßnahmen deutlich zu vergrößern. Hierbei ist allerdings auch entscheidend auf lokale Zivilgesellschaft zu setzen und ihnen ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>Der HDP-Nexus ist ein praktischer Ansatz, um die Übergänge von Krisenhilfe zu Entwicklung und Frieden zu erleichtern. Er hilft, Ressourcen effizienter einzusetzen und bessere Ergebnisse zu erzielen.</p> <p>Durch die Kombination von humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden können Wiederaufbauprozesse schneller und nachhaltiger gestaltet werden.</p> <p>Friedensprozesse in Ländern wie Südsudan zeigen, dass ein integrierter Ansatz den Wiederaufbau schneller und kostengünstiger vorantreiben kann</p>	<p>Angesichts sinkender Mittel für humanitäre Hilfe, EZ und friedensfördernde Maßnahmen, ist es in unser allem Interesse, die verbleibenden Mittel so effizient und nachhaltig umzusetzen, wie möglich. Das schulden wir einerseits Menschen in Not, aber auch den deutschen Steuerzahler_innen.</p> <p>Der Nexus stärkt die Koordination und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur_innen und erhöht die Effektivität von Hilfsmaßnahmen.</p> <p>Die Integration von Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung trägt dazu bei, die Ursachen von Konflikten langfristig zu bekämpfen und die Nachhaltigkeit von Friedensprozessen zu sichern.</p>

Nachhaltige Entwicklung vorantreiben - Globale Partnerschaften ausbauen

Forderung	Verbündete	Unentschlossen/Neutral	Skeptiker/Gegner
Klimafinanzierung auf 8-10 Mrd. erhöhen	<p>Die Klimakrise betrifft vor allem Länder, die bereits mit Armut, Naturkatastrophen und Gesundheitskrisen kämpfen. Eine Erhöhung der Klimafinanzierung auf 8-10 Milliarden EUR würde Deutschlands globale Verantwortung stärken und die Auswirkungen des Klimawandels in besonders betroffenen Regionen lindern.</p> <p>Deutschland spielt als führender Akteur in der globalen Klimapolitik eine zentrale Rolle. Deutschland ist durch das neue Klimafinanzierungsziel dazu verpflichtet, seine Klimafinanzierung anzupassen und einen fairen Beitrag zu zahlen.</p> <p>Gerade im Hinblick auf den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen ist es jetzt umso wichtiger, dass die EU,</p>	<p>Die Klimakrise betrifft vor allem Länder, die bereits mit Armut, Naturkatastrophen und Gesundheitskrisen kämpfen. Eine Erhöhung der Klimafinanzierung auf 8-10 Milliarden EUR würde Deutschlands globale Verantwortung stärken und die Auswirkungen des Klimawandels in besonders betroffenen Regionen lindern</p> <p>Eine Erhöhung der Klimafinanzierung würde helfen, die bereits jetzt entstehenden Kosten in Milliardenhöhe in den betroffenen Ländern zu reduzieren und die Resilienz gegenüber künftigen Krisen zu stärken. Wir wirken damit einer weiteren Verschärfung von Konflikten, Krisen, Flucht und Hunger entgegen.</p>	<p>Der Klimawandel gefährdet Produktions- und Lieferketten weltweit. Störungen in der Logistik, ausgelöst durch Extremwetterereignisse, können wirtschaftliche Folgen haben, die mit der COVID-19-Pandemie oder dem Krieg in der Ukraine vergleichbar sind. Eine stabile Klimafinanzierung wirkt diesen Risiken entgegen und sichert globale Handelsströme. Vor allem Anpassungsfinanzierung kann hier einen Beitrag leisten, indem sie Lieferketten resilienter macht.</p> <p>Klimabedingte Extremwetterereignisse wie Dürre in Brasilien oder Taifune in Vietnam beeinflussen die Preise von Grundnahrungsmitteln und Rohstoffen wie Kaffee und Olivenöl. Durch Klimafinanzierung können Präventivmaßnahmen gefördert werden, die solche Preisschocks abfedern. Es liegt im Interesse Deutschlands, diese</p>

	<p>und allen voran Deutschland hier eine Vorreiterrolle übernimmt</p> <p>Das reichste 1 % der deutschen Bevölkerung emittiert mehr als 83 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr – 15-mal mehr als die ärmste Hälfte[3]. Dieses Ungleichgewicht unterstreicht die Notwendigkeit einer sozial gerechten Finanzierung der Transformation, die sich an der Verantwortung und Finanzkraft der Verursacher orientiert, etwa durch die Besteuerung von großen Vermögen.</p> <p>Fossile Energieunternehmen erzielen weiterhin hohe Gewinne, während die Kosten des Klimawandels auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Eine höhere Besteuerung dieser Sektoren könnte erhebliche Mittel für die Klimafinanzierung generieren und gleichzeitig Anreize zur Emissionsminderung schaffen.</p>	<p>Laut einer Studie der Klimaallianz lassen sich bis zu 96 Mrd. Euro an Mitteln generieren, welche für Klimafinanzierung eingesetzt werden könnten.⁴</p>	<p>Preisschocks zu minimieren, da sie nicht nur die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung erhöhen, sondern auch die Stabilität von Lieferketten und Märkten gefährden.</p> <p>Deutschland hat jetzt die Möglichkeit sich als verlässlicher Partner für besonders betroffene Länder zu zeigen. Schon jetzt zeigt sich, wie sich gewaltsame Konflikte und Klimawandel gegenseitig verstärken. Das wird noch weiter zunehmen. Investitionen in Klimaanpassung und Klimaschutz zahlen sich auch aus, weil sie die Sicherheit und Frieden fördern.</p> <p>Die Kosten für Anpassung sind weitaus geringer als die, die wir für die Untätigkeit und damit Schäden ausgeben werden müssen Laut der Weltbank spart jeder Dollar, der in Resilienzmaßnahmen investiert wird, mindestens vier Dollar an zukünftigen Schäden. Dies zeigt, dass präventive Klimafinanzierung nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Beispielhafte Ereignisse wie die Flutkatastrophe im Ahrtal 2021, die mit Schäden von rund 40 Milliarden Euro das teuerste Extremwetterereignis in Deutschland war, verdeutlichen, wie teuer Untätigkeit sein kann.</p>
<p>Energiearmut reduzieren</p>	<p>Laut der Internationalen Energieagentur (IEA) haben weltweit mehr als 700 Millionen Menschen keinen Zugang zu Strom .⁵ Laut UNDP können 1,18 Milliarden Menschen Strom de facto nicht nutzen und leiden unter Energiearmut⁶. Der Zugang zu sauberer Energie ist für eine nachhaltige Entwicklung und für den Klimaschutz essenziell. Die Unterstützung zur Bekämpfung der Energiearmut muss daher einen zentralen Platz in der internationalen</p>	<p>Energiearmut hindert Menschen daran, ihre Lebensqualität zu verbessern und sich aus der Armut zu befreien. Energiearmut führt oftmals zu einer Verschlechterung der körperlichen und geistigen Gesundheit. Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut verbessern nicht nur das Leben der Menschen, sondern fördern auch den wirtschaftlichen Aufschwung.</p>	<p>Die Bereitstellung von Energie für arme Haushalte ist relativ niedrig, während die langfristigen wirtschaftlichen Vorteile enorm sind. Diese Investitionen führen zu mehr Jobs, einer besseren Bildungs- und Gesundheitsversorgung und letztlich zu einer stärkeren globalen Stabilität.</p> <p>Es gibt eine Vielzahl von kostengünstigen, sauberen Technologien, die bereits eingesetzt werden, um den Zugang zu Energie zu</p>

⁴ <https://www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/studie-deutschlands-handlungsoptionen-bei-der-internationalen-klimafinanzierung>

⁵ <https://www.iea.org/topics/access-and-affordability>

⁶ <https://data.undp.org/blog/1-18-billion-around-the-world-in-energy-poverty>

	<p>Entwicklungszusammenarbeit einnehmen.</p> <p>Der Zugang zu Energie ist auch ein grundlegendes Menschenrecht, das zu verbesserten Lebensbedingungen, Bildung und Gesundheitsversorgung beiträgt. Deutschland könnte durch verstärkte Klimafinanzierung die Ziele der SDGs vorantreiben, insbesondere SDG 7 (Bezahlbare und saubere Energie).</p>	<p>Investitionen in bezahlbare und klimafreundliche Energie sind unerlässlich um das 1,5 bzw. 2 Grad Ziel einzuhalten.</p>	<p>gewährleisten. Dabei können bspw. dezentrale und lokale Energieversorgungssysteme eine kostengünstige und zuverlässige Lösung darstellen.</p>
<p>Menschenrechtsbasierte, feministische, intersektionale und dekoloniale Entwicklungspolitik</p>	<p>Lokale Ansätze sind wichtig. Sie zeigen, dass Geschlechtergerechtigkeit immer kontextsensitiv angegangen werden kann. Terminologien/Sprache wird hier kontextspezifisch angepasst.</p>	<p>Feministische EZ stärkt Systeme, von denen letztlich alle profitieren. Geschlechtergerechtigkeit ermöglicht es Menschen, ihr Leben frei von restriktiven Geschlechterrollen zu gestalten. Dies fördert individuelle Freiheit und Vielfalt in der Gesellschaft.</p> <p><i>Gegenargument zu Bevormundung:</i> Es gibt in allen Ländern Bewegungen für Geschlechtergerechtigkeit und in vielen auch starke feministischen Bewegungen. Unsere Partnerorganisationen setzen sich auch stark für Geschlechtergerechtigkeit, Frauenrechte, etc. in ihren jeweiligen Kontexten ein.</p>	<p><i>Gegenargument zu Bevormundung:</i> Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit/gleichstellung basiert auf/ orientiert sich an den universellen Menschenrechten. Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit zielt nicht darauf ab, individuelle Lebensentwürfe zu verbieten, sondern darauf, allen Menschen die Freiheit zu geben, ihre Rollen ohne gesellschaftlichen Druck zu wählen. Es geht darum, Wahlmöglichkeiten zu erweitern und sicherzustellen, dass niemand aufgrund des Geschlechts in bestimmte Rollen gedrängt wird.</p> <p>Ohne Gleichstellung bleibt das volle Potenzial vieler Gesellschaften ungenutzt, da Frauen und andere marginalisierte Gruppen nicht teilhaben können. Geschlechtergerechtigkeit ist zentral für wirtschaftliche Entwicklung, Stabilität und Wachstum. Studien zeigen, dass Länder mit höherer Geschlechtergerechtigkeit stabiler und wirtschaftlich erfolgreicher sind (z.B. Hans Böckler Stiftung).</p> <p>Schutz von Frauen und Mädchen sowie deren Selbstbestimmung ist sehr wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die nachhaltige Entwicklung</p>
<p>Förderung von feministischen Organisationen und Schutz von Frauen, Mädchen und LSBTIQ+</p>	<p>Feministische Organisationen haben weltweit einen großen Einfluss auf die Förderung von Gleichberechtigung und die Bekämpfung von Diskriminierung. Laut UN Women haben Programme zur</p>	<p>Die Unterstützung von LSBTIQ+ Rechten wird weltweit zunehmend als fundamentale Menschenrechtserklärung anerkannt. UNICEF zeigt, dass die Förderung von inklusiven</p>	<p>Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen und zur Förderung von Inklusion haben das Potenzial, soziale Spannungen zu reduzieren und die internationale Zusammenarbeit zu fördern.</p>

	Förderung von Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern signifikante positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität.	und sicheren Gemeinschaften zu einem Rückgang von Diskriminierung und Gewalt führt, was die allgemeine soziale und wirtschaftliche Stabilität fördert. Besonders in Kontexten eingeschränkter zivilgesellschaftlicher Handlungsräume werden ohnehin marginalisierte und vulnerable Gruppen verfolgt, daher ist eine Stärkung dieser Gruppen und Organisationen umso wichtiger (s. auch ZG Handlungsräume)	Weibliche Genitalverstümmelung in vielen afrikanischen Ländern Praxis, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung häufig dagegen ist. Es braucht dringend mehr Aufklärung und Prävention. Das Thema Genitalverstümmelung zeigt, wie wichtig es ist, Mädchen in allen Bereichen ihres Lebens zu stärken – durch Bildung, Gesundheitsversorgung und das Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper Gewalt wird als Kriegswaffe eingesetzt. Deutschland bekennt sich zu Res. 1325, Frauen müssen Frieden aktiv mitgestalten.
Offensive für Kinderrechte	UNICEF berichtet, dass weltweit immer noch 473 Millionen Kinder in Konfliktregionen leben, oft ohne Zugang zu Bildung und Gesundheit. Eine offensive Politik zur Förderung der Kinderrechte könnte dieses Zahlen erheblich reduzieren ⁷ .	Kinderrechte sind nicht nur ein moralisches Gebot, sondern auch eine Investition in die zukünftige Generation. Die Implementierung von Kinderrechten stärkt auch die sozialen Strukturen und trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung bei, da Kinder als Motor für sozialen und wirtschaftlichen Wandel fungieren.	Kinderschutzmaßnahmen führen langfristig zu einer Verringerung der Armutsrate, da Kinder durch bessere Bildung und Gesundheit bessere Lebensbedingungen vorfinden.
Nachsteuerung/ Umsetzung der UN-BRK und Verstetigung Inklusionsmarker	Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) wurde von mehr als 180 Staaten unterzeichnet und ist ein internationaler Vertrag, der Menschen mit Behinderungen gleiche Rechte zusichert. Die Umsetzung der BRK in Deutschland, zu der sich Deutschland verpflichtet hat, könnte die Inklusion von Menschen mit Behinderungen verstärken und deren wirtschaftliche Teilhabe steigern, was zu einer Stärkung der sozialen Sicherheitssysteme führen würde. Mit dem Inklusionsmarker hat sich die deutsche Bundesregierung in die richtige Richtung bewegt. Diese müssen jetzt verstetigt werden. Ein Rückschritt schädigt Deutschlands Glaubwürdigkeit.	Laut der WHO leben weltweit mehr als 1 Milliarde Menschen mit einer Behinderung, und dennoch sind diese Menschen in vielen Ländern weiterhin von vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen. Die BRK kann eine große Veränderung in diesen Ländern bewirken und den sozialen Frieden und die Inklusion fördern. Die Umsetzung der BRK könnte die Einkommenslücke deutlich verringern und somit zur Reduzierung von Armut beitragen.	Die Umsetzung der BRK und die Verstetigung von Inklusionsmarkern erhöhen die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung dazu verpflichtet, die UN-BRK umzusetzen.

⁷ <https://www.unicef.org/press-releases/not-new-normal-2024-one-worst-years-unicefs-history-children-conflict>

Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie	<p>Die Abschaffung des deutschen LKSG wäre ein Rückschritt und ein Verlust der deutschen Glaubwürdigkeit nicht nur gegenüber der europäischen Partner sondern auch der Partnerländer auf der ganzen Welt. Menschenrechte dürfen nicht zum Spielball wirtschaftlicher Interessen werden und sind nicht verhandelbar. Das LKSG war, trotz seiner Unzulänglichkeiten ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.</p>		<p>Unternehmen könnten langfristig profitieren, da die Lieferkettenrichtlinie in vielen Fällen dazu führt, dass umweltfreundlichere und sozialverträglichere Produkte gefördert werden, was den Zugang zu nachhaltigen Märkten erleichtert.</p> <p>Viele Unternehmen sprechen sich für ein Lieferkettengesetz aus – die Umsetzung des deutschen LKSG hilft Unternehmen zudem sich auf die europäische Richtlinie vorzubereiten.</p> <p>Deutschland erfährt große Anerkennung durch das LKSG, um unsere Glaubwürdigkeit nicht zu beschädigen sollten wir daran festhalten.</p> <p>Unternehmen brauchen Planungssicherheit und ein Level Playing Field, daher sollte sich Deutschland für weltweite Standards einsetzen, statt nationale Gesetze zurückzunehmen.</p>
--	---	--	--

Demokratie stärken - Zivilgesellschaft fördern

Forderung	Verbündete	Unentschlossen/Neutral	Skeptiker/Gegner
Stärkung, Schutz und höhere Beteiligung von Zivilgesellschaft	<p>Eine starke Zivilgesellschaft ist der Kern jeder funktionierenden Demokratie und fördert Transparenz, Rechenschaftspflicht und Menschenrechte. In Ländern mit einer aktiven Zivilgesellschaft sind die Menschenrechte deutlich stärker geschützt.</p> <p>Eine stärkere Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen an Entscheidungsprozessen sorgt für eine bessere Repräsentation von marginalisierten und vulnerablen Gruppen. Studien zeigen, dass durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse die Effektivität von Politikmaßnahmen deutlich verbessert wird.</p>	<p>Zivilgesellschaftliche Organisationen haben das Potenzial, als Brücke zwischen der Bevölkerung und der Regierung zu fungieren, was das Vertrauen in staatliche Institutionen stärkt.</p> <p>Der Schutz von Menschenrechtsaktivisten und zivilgesellschaftlichen Organisationen trägt zur Stabilität und Friedenssicherung bei.</p>	<p>Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen eine zentrale Rolle in der Prüfung und Durchsetzung von Menschenrechten, was die Qualität der Regierungsführung stärkt und Korruption reduziert.</p> <p>In einer zunehmend vernetzten Welt können zivilgesellschaftliche Organisationen auch als innovative Akteure fungieren, die Lösungen für soziale Herausforderungen bereitstellen. Dies hilft, gesellschaftliche Spannungen zu verringern und die soziale Kohäsion zu stärken.</p> <p>Eine faire und integrative (internationale Politik und) Zusammenarbeit fördert den sozialen Frieden, verringert soziale Unruhen und erzielt nachhaltig wirtschaftlichen Wohlstand durch</p>

	Zum Schutz und Ausbau der Demokratie und für eine verlässliche Zusammenarbeit ist die Zivilgesellschaft sowohl bei uns als auch in Partnerländern von großer Bedeutung und sollte daher verstärkt geschützt werden.		die Stabilisierung potentieller Handelspartner.
Entbürokratisierung	Die Bürokratieabbau-Initiativen sind entscheidend, um zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Entwicklungszusammenarbeit den Zugang zu Mitteln und Ressourcen zu erleichtern.	Bürokratieabbau führt zu einer effektiveren Nutzung von Ressourcen. Reduzierte bürokratische Hürden ermöglichen es, schneller auf Krisen zu reagieren und effektive Programme zur Armutsbekämpfung und Bildung durchzuführen	Die Entbürokratisierung der Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen könnte auch im Interesse der Union sein, auch wenn sie diese nicht explizit im Wahlprogramm erwähnt. Bürokratieabbau ist keine „Wegnahme von Kontrolle“, sondern eine Rationalisierung von Prozessen, um Ressourcen effizienter zu nutzen. Eine Entbürokratisierung ermöglicht eine schnellere Reaktion auf Notfälle, indem die Entscheidungsprozesse beschleunigt werden. Dies führt zu einer besseren Unterstützung der Zivilgesellschaft und einer effizienten Verteilung von Ressourcen.
Gemeinnützigkeitsrecht: Förderung und Schutz von Menschenrechten	In der aktuellen politischen Situation spielt die Zivilgesellschaft eine besondere Rolle zur Verteidigung demokratischer Werte und einer vielfältigen Gesellschaft. Dies sollte sich entsprechend im Vergabekatalog widerspiegeln.	Zivilgesellschaftliche Organisationen sind ein Korrektiv zur Politik und sollten als solches auch anerkannt werden, wenn es um Vergabekriterien geht. Demokratische Vielfalt spiegelt sich auch immer in der Handlungsfreiheit von zivilgesellschaftlichen Organisationen wider	Die Förderung der Gemeinnützigkeit Organisationen, die sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen, stärkt den sozialen Frieden und stärkt das demokratische Miteinander .